



Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland

Tel.: +49 30 229 11 10  
Fax: +49 30 229 93 97  
Montag - Freitag: 8.30 - 18.00 Uhr

## Erlass Nr. 991 über die Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung

Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin hat am 19. November 2024 den [Erlass](#) Nr. 991 über die Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung unterzeichnet.

Eine garantierte Abschreckung eines potentiellen Gegners vor der Aggression gegen die Russische Föderation und / oder ihre Verbündeten gehört zu den höchsten staatlichen Prioritäten. Die Abschreckung wird mit der gesamten militärischen Stärke der Russischen Föderation, einschließlich Nuklearwaffen, gewährleistet.

Die staatliche Politik der nuklearen Abschreckung ist ihrem Wesen nach defensiv.

Die Russische Föderation betrachtet Atomwaffen als Mittel zur Abschreckung und ihren Einsatz als extreme und erzwungene Maßnahme. Sie unternimmt alle notwendigen Anstrengungen, um die nukleare Bedrohung zu verringern und eine Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu verhindern, die zu militärischen Konflikten, darunter auch Atomkonflikten, führen könnte.

Die Russische Föderation gewährleistet die nukleare Abschreckung nicht nur gegenüber Einzelstaaten oder Militärblöcken, die die Russische Föderation als potentiellen Gegner ansehen und im Besitz von Nuklearwaffen sind, sondern auch gegenüber den Staaten, die das von ihnen kontrollierte Territorium, ihren Luft- und und / oder Seeraum sowie Ressourcen zur Verfügung stellen, um eine Aggression gegen die Russische Föderation vorzubereiten und durchzuführen.

Die Aggression eines Staates, der einer Militärkoalition angehört, gegen die Russische Föderation und /oder ihre Verbündeten wird als Aggression der gesamten Koalition angesehen.

Die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen wird vom Präsidenten der Russischen Föderation getroffen.



© Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland, 2024